



II- 4294 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 29. Mai 1975

Zl. 10.101/¹⁰-I/7/b/75

Parlamentarische Anfrage Nr. 2021/J
der Abgeordneten Melter, Dr. Schmidt
und Genossen
betr. Teilzeitbeschäftigung

2000/A.B.
zu 2021/J.
Präs. am 3. JUNI 1975

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 2021/J, betreffend "Teilzeitbeschäftigung", die die Abgeordneten Melter, Dr. Schmidt und Genossen am 11. April 1975 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Als "teilzeitbeschäftigt" im Sinne der Anfrage werden nur jene Bedienstete gezählt, die in einem ständigen Dienstverhältnis zum Bund stehen, nicht aber die volle Wochenstundenanzahl beschäftigt sind.

Zur Schaffung einer einheitlichen Vergleichsbasis wird bei der Beantwortung der Fragen 1 und 2 jeweils der 1. April als Stichtag angenommen.

Zu 1:

Die Zahl der im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie (einschließlich in den nachgeordneten Dienststellen) Teilzeitbeschäftigten betrug im Jahre 1969 8.

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zu 2:

Die Zahl der im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie (einschließlich in den nachgeordneten Dienststellen) Teilzeitbeschäftigten betrug im Jahre 1974 14.

Zu 3:

Die bisher im Zusammenhang mit der "Teilzeitbeschäftigung" gewonnenen Erfahrungen zeigen, daß der Einsatz von teilzeitbeschäftigten Bediensteten nur in einzelnen Dienstbereichen meines Ressorts möglich ist. Für alle diese Fälle kann mit der Einstellung von Vertragsbediensteten, deren Dienstrecht die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung vorsieht, das Auslangen gefunden werden.

Zu 4:

Für die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bundesbediensteten kann die Einführung einer "Teilzeitbeschäftigung" aus rechtlichen und personalpolitischen Überlegungen nicht in Erwägung gezogen werden. Neben diesen Erwägungen muß auch jene Platz greifen, daß sich der öffentliche Dienst nach den Bedürfnissen der Öffentlichkeit zu richten hat; ein Grundsatz, der bei der Einführung von "Teilzeitbeschäftigung" auch für das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis in Frage gestellt werden könnte.

Handwritten signature: G. H. ...